

Mehr Mut ist gefragt – für Deutschlands Kurs in den Vereinten Nationen

Thomas Nehls

Nicht einmal bei ›Google‹ hat dieser Peter Wittig Priorität. Auch die Medien haben von seiner Ernennung Mitte Dezember 2009 zum Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York kaum Notiz genommen. Man könnte meinen, dies läge in der Natur der Sache – sind doch alle Botschafterinnen und Botschafter Berlins zumindest gegenüber Journalisten in ihrer Heimat vom Auswärtigen Amt mit einem Maulkorb versehen, der sich kaum fester schließen lässt.

Aber dies kann nicht der Grund für das weitreichende Desinteresse an der Nachfolgeregelung am UN-Amtssitz sein. Die Flaute, in die die Vereinten Nationen spätestens seit den vor allem amerikanischen Dolchstößen in die Rippen ihrer Reformer im Jahr 2005 geraten sind, hat längst auch die durchaus auffälligen deutschen Aktivitäten in der Staatengemeinschaft erfasst.

Zu tun gibt es genug. Der inhaltliche und gebärdensprachliche Wechsel seit dem Antritt der Regierung von Barack Obama in den USA trägt Früchte; gerade die Bundesrepublik lässt nicht locker, wenn es darum geht, Abrüstungsambitionen, Klima-Initiativen und Krisenpräventionsmodelle auf allen UN-Ebenen voranzutreiben. Doch die gesammelten Misserfolge auf diesen Themenfeldern lähmen eben auch den Enthusiasmus der Berliner Polit-Profis in New York. Womöglich hat sich eine solche zurückhaltende Position im vergangenen Jahr noch gepaart mit anderen Präferenzen des schließlich auch als Kanzlerkandidat stark geforderten Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Und womöglich hält der Zustand an, weil der neue Mann am Werderschen Markt (Sitz des Auswärtigen Amtes) ebenfalls innen- und außenpolitisch zugleich tätig ist.

Als Guido Westerwelle im Januar dieses Jahres aus Tokyo die Unterstützung für eine Wiederbelebung des ständigen Einzugs in den UN-Sicherheitsrat mitbrachte, schlugen einige die Augen auf. Fast fühlten sie sich in die ehrgeizige Ausgangslage am Anfang des Jahrtausends zurückversetzt. Die aktuellen Voraussetzungen sind aber leider anders. Inzwischen scheint keiner der fünf ständigen Mitglieder im wichtigsten UN-Gremium an ebenbürtigen neuen Nachbarn interessiert, allenfalls an finanzstarken Zuzüglern auf Zeit.

An Misstrauen und Missgunst dürfte auch der Vorstoß der deutschen Bundeskanzlerin gescheitert sein, die Staatengemeinschaft stärker in die Reparaturarbeiten zur Rettung der Globalisierung einzubinden. Einen einflussreichen UN-Wirtschaftsrat sah sie vor einem Jahr beim Weltwirtschaftsforum in Konturen am Horizont der Schneelandschaft von Davos. Der entsprechenden Charta war die soziale Marktwirtschaft ›made in Germany‹ quasi schon beigelegt. Regionale Interessen, die Skepsis armer Länder gegenüber den reichen Staa-

ten, natürlich auch ideologische Bedenken behielten einmal mehr die Überhand.

Für das deutsche UN-Engagement ist auch im 37. Jahr der Mitgliedschaft Überschaubarkeit Trumpf. Als Erfolg gilt schon, dass Botschafter Wittig seit Januar für ein Jahr in der Kommission für Friedenskonsolidierung den Ton angeben kann, um nach überwundenen Kriegen und Konflikten dem Wiederaufbau die Richtung zu weisen. Und als Gratifikation für die Anstrengungen deutscher Diplomaten vor allem hinter den Kulissen würde gelten, wenn Deutschland 2011 wieder einmal für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied im höchsten UN-Gremium Platz nähme. Kanada und Portugal sind die Konkurrenten.

Im abstimmungsberechtigten Rest der Welt wird aber nicht nur bewertet, dass Deutschland als drittgrößter Beitragszahler fast neun Prozent des regulären und des Friedenssicherungs-Haushalts berappt. Auch die zweithöchste Position als Zahlmeister offizieller Entwicklungshilfe kann nicht überzeugen, wenn gleichzeitig verstärkt einseitig und nahezu kritiklos für Israel Partei ergriffen wird. Sich für das mächtigste Instrument der Vereinten Nationen zu empfehlen – auch wenn es nur vorübergehend ist – kann die Wahrung eigener Interessen nicht stornieren, muss aber die Berücksichtigung der Anliegen anderer erkennen lassen. Die nach der erst 65 Jahre zurückliegenden Schreckenszeit historisch unabdingbaren Schulterschlüsse Berlins mit Jerusalem erzwingen keineswegs das Abnicken der höchst umstrittenen Politik Israels gegenüber den Palästinensern. Ebenso wenig zwingend ist die zunehmende Ungeduld im Umgang mit dem atomar engagierten, aber eben auch vertraglich zur Nichtweiterverbreitung verpflichteten Iran. Diese Konfliktpunkte sind die Prüfpositionen, denen Deutschland sich in der Schar der 191 anderen UN-Mitgliedstaaten ausgesetzt sehen muss. Berlins tatkräftige Aktionen auf anderen Arbeitsebenen sind willkommenes Beiwerk. Nagelproben für vollgültige Mitgliedschaften aber sehen anders aus. Sie bedingen die Bereitschaft, zugunsten der Frieden und soziale Gerechtigkeit gebietenden Charta der Vereinten Nationen bisweilen auch die eigenen ideologischen Bezüge zu hinterfragen und durch mutige Parteinahme auf sich aufmerksam zu machen. Die Vorarbeit freilich läge in Brüssel. Dort müssten Europas Außenminister – also auch der Chef von Peter Wittig – der Europäischen Union ein größeres Gewicht in den Entscheidungsprozessen der UN beimessen und dieses Gewicht dann von den eigens für außen- und sicherheitspolitischen Gleichklang geschaffenen Instanzen in die Waagschale legen lassen. Wetten, dass Deutschland davon profitieren würde? Gleichmaßen uneigennützig und zum eigenen Wohle. Wenn es denn wollte.



Thomas Nehls, geb. 1947, ist seit 2003 diplomatischer Korrespondent des WDR-Hörfunks im ARD-Hauptstadtstudio Berlin. Er war von 1998 bis 2003 Leiter des ARD-Hörfunkstudios in New York.